

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erleuchtet jeden Donnerstag
Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr

Inserionspreis pro dreispaltige Pfortzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Vierzehnte ordentliche Generalversammlung in Leipzig.

Die Generalversammlung in Leipzig, die vom 6. bis 10. Mai 1918, hatte in dieser Zeit schwere und für die Zukunft der ganzen Organisation so bedeutungsvolle Fragen zu lösen, das sicher nur noch ganz wenige den Standpunkt einnehmen werden, die Einberufung wäre zu unangehen gewesen. Ganz gewiß nicht diejenigen Teilnehmer, die das Schicksal getroffen hatte, in den Kommissionen die Lösung der Fragen vorzubereiten. Vertreten waren 29 Wahlkreise durch 38 Delegierte, außerdem waren 5 Vorstandsmitglieder und der Vorsitzende des Ausschusses erschienen; 2 Bezirksleiter, die nicht zur Wahl gelangt waren, wurde beratende Stimme auf dem Verbandstage zugesprochen. Die Leitung der Verhandlungen wurde in die Hände der Kollegen Friedman und Henschold gelegt.

Die einleitenden Worte, mit denen der Verbandsvorsitzende Altmann die Verhandlungen eröffnete, wiesen eindringlich auf deren Charakter und den bitteren Ernst der Zeit hin. Am schlichter, aber um so mehr ergreifender Rede gedachte er dabei der vielen im Felde stehenden Arbeitskameraden und der Kriegsoficer sowie der sonstigen Verluste durch Tod, die, zumal auch in der Verwaltung des Verbandes selbst, seit der letzten Generalversammlung zu verzeichnen sind und die zum Teil noch gar nicht wieder durch andere Kräfte zu ersetzen waren. Unsere skandinavischen Bruderverbände hatten es sich nicht nehmen lassen, trotz aller vorliegenden Hindernisse, in der Person des Kollegen Nielsen aus Dänemark einen Vertreter zu schicken, und ebenso war der schweizerische Bruderverband durch Kollegen Fischer vertreten. Sie konnten auf das gute Zusammenarbeiten in der internationalen Verbindung der Berufskollegen — soweit überhaupt die Möglichkeit auch während der Kriegszeit hierzu gegeben war — hinweisen, und beide zeigten in einigen Ausführungen die Erfolge ihrer Organisationen auf. Der österreichische Verband der Bäcker und Konditoren sandte einen telegraphischen Glückwunsch; von einer Reihe Kollegen im Felde und von Zahlstellen lagen außerdem Grüße und Wünsche vor.

Altmann gab dann Bericht über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes in der fünfjährigen Geschäftsperiode, mußte sich aber angesichts des gehäuften Stoffes natürlich darauf beschränken, das Bild nur in allgemeinen Umrissen zu zeichnen. Alle großen Fragen, Nachtarbeit, Betriebsbeschränkungen, Lohnbewegungen — alles wurde nochmals zusammenfassend dargestellt. Zuletzt betonte er aber ausdrücklich, in Hinblick auf mehrere Anträge, daß der Verbandsvorstand zu den Beschlüssen der Konferenzen der Verbandsvorstände und der Generalkommission siche und sie mit aller Energie verteidige; denn durch diese Beschlüsse seien immer nur die Interessen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gewahrt worden, und sie wären durch die Zeitverhältnisse notwendig gewesen. Von einer einseitigen Förderung der Regierungspolitik könne nicht gesprochen werden. Er wies auch noch auf die mannigfachen Eingaben und sonstigen Bestrebungen der Generalkommission hin, die Ernährungsfrage und die Rationierung der Lebensmittel in bessere Bahnen zu leiten. Schließlich wendete er sich entschieden gegen einen Antrag, der verlangte, daß in Zukunft die Generalkommission und der Verband auch die Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei als Vertretung der Arbeiterschaft anerkenne. Eine Organisation, die auf so strenge Disziplin in den eigenen Reihen halte, wie wir es immer getan haben, könne sich nicht an Organisationszerklüftung der politischen Arbeiterpartei wenden.

Freitag entwickelte den Klassenbestand der Organisation in ausführlichen Darlegungen, soweit es neben den vorliegenden gedruckten Berichten noch notwendig eriche. Das Gesamtbild stellte er als nicht besonders günstig hin, so daß der Verbandstag alle Verträge habe, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer Besserung durchzuführen.

Weidler ging in seinem Bericht über das Fachblatt zunächst auf die seit 1914 von uns nicht mehr herausgegebene Zeitschrift „Technik und Wirtschaftswesen“ im Bäcker und Konditorgewerbe ein und legte dar, wie sich finanziell die Herausgabe des ersten Jahrganges gestaltet hatte. An Hand dieser Zahlen machte er Vorschläge, wie eine Wiederherausgabe der Zeitschrift in größerem Umfange zu gegebener Zeit von ihm gedacht werde, und wie der Inhalt dann ausgestaltet sein müsse. Der Verbandstag nahm diese Vorschläge in der späteren Debatte durchaus zustimmend auf, da auch der erste Jahrgang der „Technik“ gute Aufnahme bei der Kollegenschaft gefunden hatte und die gebotene Belehrung angesprochen habe. Weidler gab dann den Stand des Fachblattes und die geldlichen Aufwendungen für dasselbe bekannt, die in der Berichtsperiode notwendig geworden waren, und ging schließlich darauf ein, welche Haltung die Redaktion während des Krieges zu den politischen und parteipolitischen Fragen eingenommen habe. Als Schriftleiter habe er mit Beginn des Krieges nicht „umzulernen“ brauchen, da das Blatt auch schon früher im gewerkschaftlichen Interesse auf der einen Seite nicht die allerradikalste Richtung eingeschlagen habe und auf der andern Seite vertrete er auch heute noch den Standpunkt des Klassenkampfes, ohne den für die jetzige Redaktion die freien Gewerkschaften nicht denkbar wären. Dieser Standpunkt sei im Blatt auch noch nie verleugnet worden. Die Mittellinie halte er nicht ein, um es jedem recht zu machen; denn damit ziehe man sich am ersten Gegnerschaft zu, sondern aus Ueberzeugung und aus seiner langjährigen Erfahrung in der Arbeiterbewegung; letztere werde weder durch die Extreme auf der linken noch der rechten Seite gefördert. Somit habe er aber auch nach Möglichkeit in den Parteistreitigkeiten eine neutrale Haltung eingenommen; nur sei er von Anfang an den Zersplitterungsversuchen scharf entgegengetreten. Wenn die Zersplitterung allerdings kein Ende nimmt, müsse auch das Blatt sich zu rein politischen Fragen mehr äußern; denn die Mitglieder sollten auch in politischer Hinsicht denken lernen.

An die Berichte schloß sich, wie vorauszu sehen war, eine lebhafte und weit über einen Tag in Anspruch nehmende Aussprache an. Die Opposition gegen den Vorstandsbericht, soweit er organisatorische Fragen betraf, war allerdings nur sehr schwach, um so stärker aber, soweit es sich um die Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu der Haltung der Generalkommission handelte. In bezug auf die Haltung des Fachblattes wurde im allgemeinen anerkannt, daß es sich wenig mit dem Parteistreit befaßt habe, und auch in bezug auf den einen hierzu vorliegenden und dann zur Annahme gekommenen Antrag, daß das Organ unparteiisch in politischen Fragen zu redigieren sei, wurde ausgeführt, er sei nur in Hinblick auf die Haltung anderer Gewerkschaftsblätter gestellt.

Hinsichtlich der jetzigen Schreibweise des Blattes konnte Weidler in seinem Schlussworte Belege beibringen, daß durch die heutigen Zensurverhältnisse einige Grenzen gezogen sind. Er wies nebenbei auch einen Vorwurf zurück, daß das Verbandsorgan heute nicht mehr in demselben Maße das Sprachrohr der Mitglieder wäre; allerdings müsse eine größere Gewerkschaft darauf bedacht sein, den Mitgliedern nach jeder Richtung mehr belehrenden Stoff zu bieten; aber bei uns habe man noch immer das Bestreben gehabt, auch den örtlichen Interessen der Kollegenschaft entgegenzukommen. Natürlich müsse auch in das Sprachrohr seitens der Mitglieder und der Bezirksleitungen hineingesprochen werden. Um aber den Verbandstag nicht darüber im unklaren zu lassen, wie er als Redakteur sich die weitere Führung für den Fall denke, daß der Parteistreit auch nach dem Kriege kein baldiges Ende nehme, so wolle er dies dahin zusammenfassen, daß das Verbandsorgan auch in Zukunft nach den Grundsätzen weitergeführt wird, die die deutschen Gewerkschaftsorganisationen auf ihrer Höhe geführt haben. Diesen Grundsätzen gemäß

lamm und darf der Boden des Klassenkampfes nicht verlassen werden. In bezug auf den Meinungsstreit und die Zersplitterung innerhalb der politischen Arbeiterbewegung, durch welche auch die Interessen der Gewerkschaften auf das schwerste geschädigt werden, hat die Schriftleitung wie bisher alles zu vermeiden, was diese Streitigkeiten vertiefen könnte, dagegen alle auf dem Wege einer Einigung der politischen Arbeiterbewegung liegenden Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Damit ist ein kritisches Eingreifen in aktuelle parteipolitische Streitfragen zu vermeiden, solange rein gewerkschaftliche Interessen hierzu nicht zwingen. Eine solche Stellungnahme schließt aber nicht aus, daß im Verbandsorgan die Fragen der allgemeinen Politik in rein sachlicher Weise behandelt werden, soweit die andern Aufgaben des Verbandsorgans es zulassen, und daß die Schriftleitung ihre Meinung dazu sagt, weil nur dadurch auch unsere Mitglieder zu dem unbedingt notwendigen Denken und zur politischen Urteilsfähigkeit erzogen werden können. Wenn zu solchen Fragen dann auch aus Mitgliederkreisen sachliche Beiträge geliefert werden, die sich gleichfalls grundsätzlich davon fernhalten, in Parteistreitigkeiten einzugreifen, so ist dies nur zu begrüßen.

Der Verbandstag beschloß, diese Darlegung der Redaktion als Erklärung in das Protokoll anzunehmen.

An der Spitze der über die Geschäftsberichte zutage tretenden Opposition standen die Berliner Delegierten; sie fanden ihre hauptsächlichste Unterstützung durch Kollegen aus Leipzig, Bremen und Dresden; Zustimmung fanden sie unter andern auch durch Südbayern; nur hielten es diese Kollegen offenbar für weiser, im Reden Zurückhaltung zu üben. Wir wollen nur auf die Darlegungen des Berliner Vorführers etwas näher eingehen, damit die Debatte wenigstens einigermaßen charakterisiert wird. Er schickte, nachdem er an der rein geschäftlichen Tätigkeit des Verbandsvorstandes nur in einzelnen Punkten Ausstellungen gemacht und noch die oben erwähnte Kritik am Fachblatt geübt hatte, selbst voraus, daß er die ganze Kritik, die die Gewerkschaftsbewegung eingeschlagen habe, näher erörtern wolle; er griff hierauf die ganze Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu den Maßnahmen der Generalkommission an. Es sei heute überhaupt nicht mehr festzustellen, welche Farbe die Generalkommission eigentlich hat. Die Haltung der österreichischen Gewerkschaftskommission sei höher einzuschätzen als die der deutschen Zentralinstanz. Die heutige Politik sei schuld daran, daß wir ein Volk der Kriegsanleihezeichner geworden wären. Die Verbreitung eines von der Generalkommission herausgegebenen Flugblattes gegen die politischen Streiks habe die Berliner Ortsverwaltung abgelehnt. Mit solchen Mitteln, wie in dem Flugblatt, sollte die Generalkommission nicht arbeiten. Weiter wandte sich dieser Redner und andere gegen den Anschluß an den Bund für Freiheit und Vaterland und gegen die Maßnahmen in bezug auf die frühere „Gleichheit“. Wo wären auch Erfolge der Politik der Generalkommission? Sie habe Schiffbruch gelitten. Die Generalkommission dürfe sich nicht in irgendwelche Lechtelmechel einlassen, da man uns nur etwas gibt, wenn man uns fürchtet.

Diesen Angriffen setzte die andere Richtung der Delegierten entgegen, daß erster Grundsatz wäre, Disziplinärliche entschieden zu bekämpfen, und daß erst noch zu beweisen wäre, auf welche Art die Generalkommission ihre früheren Grundsätze aufgegeben habe. Daß dies nicht der Fall sei, werde am besten durch die Tätigkeit der Gewerkschaften selbst nachgewiesen. Durch den Volksbund für Freiheit und Vaterland solle nur den reaktionären Bestrebungen entgegengearbeitet werden. Jeder einzelnen Handlung der Generalkommission werden allerdings nur wenige zustimmen. Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Kube, wies in langen Ausführungen nach, weshalb die Generalkommission noch heute an der

Politik des 4. August festhalte, die ja auch damals von allen Seiten anerkannt worden wäre. In der weiteren Debatte hob ein Redner auch noch hervor, daß der Disziplinbruch innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion unter den Genossen im Felde auf das tiefste empört habe.

Das Ergebnis der langen Aussprache war schließlich die einstimmige Annahme des Antrages:

Die Generalversammlung kann sich nicht mit allen Maßnahmen der Generalkommission während des Krieges einverstanden erklären. Sie erklärt, daß oberster Grundsatz gewerkschaftlicher Politik die Neutralität sein muß, und daß daher politische Streitigkeiten innerhalb der Partei auszutragen sind. Der Vorstand wird beauftragt, bei der Generalkommission dahin zu wirken, daß dieselbe nur gewerkschaftliche Interessen vertritt.

Damit wurden die übrigen Anträge zur gewerkschaftlichen Kriegspolitik als erledigt erklärt. Beschlossen wurde noch, daß die „Internationale Korrespondenz“ nicht mehr auf Verbandskosten an Angestellte geliefert werden darf.

Auf der Tagesordnung der Generalversammlung stand auch der Reichstarif mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. Nach den Ausführungen des Kollegen Lanke, der sich auf die Verhandlungen in der Konsumbäckerkonferenz bezog, wurde gegen eine Minderheit von fünf Vertretern, die verhandelt hatten, die ganze Frage der Tarifkündigung in allen Einzelheiten auf dem Verbandstage nochmals aufzurufen, beschlossen, die Erneuerung des Genossenschaftstarifes zurückzustellen.

Ueber den Kampf um das dauernde Nachbrotverbot referierte Kollege Allmann, und noch einmal wurden die einzelnen Phasen dieses großen Kampfes um die Menschenrechte der Bäckereiarbeiter der Kollegenschaft im Zusammenhang der Augen geführt. Bedauerlich war es, daß diese Ausführungen vor keinem nachvolleren Verbandstage gemacht werden konnten und daß die Zahl der Zuhörer noch durch die gleichzeitigen Kommissionsführungen weiter verringert worden war. Aber die Bedeutung der Entscheidung wurde dadurch gehoben, daß von jeder Diskussions-Abhandlung genommen wurde und die nachfolgende Entscheidung sofort einstimmig zur Annahme gelangte:

Seit drei Jahren und vier Monaten ist zum Segen und zur Hebung des allgemeinen Wohlbefindens aller Berufsangehörigen und deren Familien das Bäckereiarbeiter- und Konditoren-Gewerbe von der Nacharbeit vertrieben geblieben. Nicht nur die Arbeiterchaft des Berufes, nein, auch die übergroße Mehrzahl der Arbeitgeber begrüßt diesen gewaltigen sozialen Fortschritt und wünscht, daß er dem Beruf dauernd erhalten wird. Dagegen kämpft in der Arbeiterchaft eine kleine Gruppe von Inhabern und Leitern von Bäckereien an, die aus schäuder Gewinnsucht wenigstens für ihre Betriebe die Wiedereinführung der Nacharbeit erstreben.

Wir begrüßen es, daß unsere Gewerkschaft im Bunde mit den anderen Arbeiterorganisationen des Berufes und allen andern Gewerkschaften, aber im völligen Einverständnis mit dem einschüßigen, größten Teil der Arbeitgeber und ihrer höchsten Organisation, dem Germanienverband deutscher Bäckereiarbeiter, alles daransetzt hat, daß bald ein dauerndes gesetzliches Verbot der Nacharbeit für das Bäckereiarbeiter- und Konditoren-Gewerbe kommt. Besonders begrüßen wir die ständige energische Abwehr jener Kreise der Wiedereinführung der Nacharbeit und der Schliche, die sie sich zur Erreichung ihrer dunklen Bestrebungen bedienen.

Wir erklären einstimmig den festen Willen aller Arbeitssollegen, vor keinem Mittel, auch vor den äußersten Anstrengungen, nicht zurückzutreten, um das angegriffene dauernde gesetzliche Verbot der Nacharbeit zu erreichen.

Bei gleicher Zeit verpflichten sich die Arbeiterchaft des Berufes, alles anzubahnen, das auch die Sonntagsgarben in unserm Betriebe nicht wieder zur Einführung gelangt; denn die Kriegsjahre haben bewiesen, daß erst nach Beendigung der Nacht- und Sonntagsgarben die Berufsangehörigen mit Gut und Siebe ihrem erwerbsmäßigen nachgehen konnten, das die Arbeitsleistung bei Tageslohn nur unter Entziehung eines freien Sonntags ganz bedeutend steigern läßt, und daß die Sauberkeit in den Bäckereien und Konditoreien dadurch bedeutend gefördert werden ist.

Hiermit referierte Redakteur Weidner über den Nachbrotgewinn und Arbeiterlöhne in unserm Beruf. An der Hand eines reichhaltigen Materials wies der Redner nach, daß die Großbetriebe, besonders in der Bäckereibranche, trotz der Betriebsbeschränkung außerordentliche Gewinne erzielen. Die Löhne der Arbeiterchaft seien aber nur dem geringsten entsprechend geblieben, wo die Arbeiter in der Lage waren, eine ständige Konsumtion zu betreiben. Auf sich heraus hätten die Arbeitgeber bei der Zeit nur in abschreckendsten Maße Gehaltssteigerungen. Es müßten dann alle Kräfte angesetzt werden, um eine Steigerung der Löhne der Kollegen zu erzielen. (Beifall)

Ueber die so bedeutungsvolle Beibringungsfrage im Bäckereiarbeiter- und Konditoren-Gewerbe referierte Kollege Lanke, Hamburg. Er erinnerte die Versammlung daran, daß während im Felde noch gearbeitet ist, in der Fabrik die Arbeiterchaft nur auf sich allein angewiesen ist. Die Organisation sollte in den Maßnahmen zur Bekämpfung der Nacharbeit die stärkste Unterstützung annehmen.

Die Verhandlungen über die Nacharbeit wurden einstimmig beschlossen, das während des Krieges erlassene

groß gewordenen Zahl der Lehrlinge im Bäckereiarbeiter- und Konditoren-Gewerbe die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist notwendig, daß zu gelegener Zeit immer wieder an die Innungen, aber auch an die Handwerkskammern mit dem berechtigten Verlangen herantreten wird, daß von ihnen Vorschriften beschlossen werden, durch welche die unverhältnismäßig große Zahl von Lehrlingen in unserm Gewerbe eingeschränkt wird.

Das ist nicht nur deshalb notwendig, weil wir bei den dem Gewerbe auferlegten Produktionsbeschränkungen, die sicher auch noch einige Zeit nach Kriegsende bestehen bleiben, damit zu rechnen haben, daß große Arbeitslosigkeit unter unsern Berufscollegen eintritt, die noch dadurch vermehrt wird, daß viele Tausende früherer Kleingewerbetreibender sich nicht wieder selbstständig machen können, sondern versuchen, als Gesellen Arbeit zu finden, sondern es ist auch besonders deshalb notwendig, weil bei der jetzt schon jahrelang üblichen Vereinfachung der Produktion die Lehrlinge auch noch nicht einmal zur Hälfte sich die technischen und fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen können, die sie später unbedingt gebrauchen.

Wenn die Arbeitgeber darauf halten, daß der junge Nachwuchs im Gewerbe mit den nötigen Kenntnissen und Fähigkeiten ausgestattet werden soll, um später zu tüchtigen Gehilfen heranzuwachsen, dann ist es Ehrenpflicht jener Leute, dieses unser berechtigtes Streben eifrig zu unterstützen. Arbeitgeber, die in unverantwortlicher Weise fortwährend eine große Anzahl von Lehrlingen ausbeuten, müssen der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Das umfangreiche Werk der Statutenänderung ist — man kann es sicher voraussetzen — zum Besten des Verbandes nach großer Mühehaltung auch gelungen. Die Vorlage des Verbandsvorstandes mußte sich allerdings noch recht große Abstriche gefallen lassen; auf der einen Seite wurde der vorgeschlagene Höchstbeitrag von M. 1,50 pro Woche nicht, wie manche erhofft hatten, noch weiter aufwärts gesetzt, sondern auf M. 1,30 herunter, was natürlich auch eine Verringerung der beantragten Unterstützungssätze bedingte. Im allgemeinen geht die Verringerung dahin, daß in den vom Verbandsvorstand und den Bezirksleitern ausgearbeiteten Tabellen überall die letzte Zeile überhaupt zu streichen ist und daß dann als Höchstbeitrag nur M. 1,25 M. 1,30 gesetzt wurden. Einige andere Änderungen wurden noch an den vorgeschlagenen Sätzen für Umzugsubvention und in der Krankenunterstützung vorgenommen. Wir werden die Tabellen in der nächsten Nummer bringen.

Von einer Urabstimmung über die neuen Sätze wurde, da die Kommissionsvorschläge mit großer Majorität angenommen worden waren, Abstand genommen; auch die Vertreter, die vor dem Verbandstage geglaubt hatten, ohne eine solche unter keinen Umständen auskommen zu können, erklärten, daß nach den vorgenommenen Änderungen unter den Mitgliedern überhaupt keine nennenswerte Opposition mehr zu erwarten sei.

Zu den wichtigsten Beschlüssen, die wir hier erwähnen müssen, gehört die Schaffung eines Beirats, der dazu berufen ist, dem Verbandsvorstand einen Teil seiner verantwortungsvollen Tätigkeit abzunehmen. Ob es gelungen ist, hierbei das richtige Maß zu treffen, muß erst durch die praktische Zusammenarbeit und ihre Folgen erwiesen werden. Es ist bekannt, daß sich der Verbandsvorstand von vornherein nicht gegen eine solche Einrichtung aus Prinzip gewendet hat, sondern daß er zu ihrer Schaffung nur die gegenwärtige Stärke des Verbandes und die gegenwärtige Zeit für ungeeignet hielt.

Die überwiegenderste und unter den vorliegenden Umständen außer harte Aufgabe hatte der Verbandstag noch in der Forderung des Verbandsvorstandes zu erledigen, eine Aufgabe, die durch einige Vorgänge auf der Generalversammlung selbst kompliziert wurde. Sie schon in Aussicht gehaltene Erfüllung des allgemeinen Wunsches, den Kollegen Allmann doch dazu zu bewegen, auf seinem Posten in der höchsten Erwartung auszuharren, eine längere Schonzeit werde ihm die besten Kräfte wiederzubringen, zerfiel sich in allerletzter Stunde doch endgültig, und es wurde dann folgender Verbandsvorstand gebildet: Josef Biermeier als erster, Alfred Sig als zweiter Vorsitzender; Otto Freitag als erster, Marius Langhann als zweiter Kassierer; Karl Ditzner, Karl Hechtold, Moritz Friedrich als Sekretäre. Als Redakteure wurden Felix Weidner und Anton Lanke wiedergewählt. Die Wahlen erfolgte einstimmig bis auf die des ersten Vorsitzenden; auf Biermeier entfielen 23 und auf Allmann noch 10 Stimmen. Dieses Resultat brachte zunächst den Kollegen Biermeier zu der Annahme, trotz einer Zweidrittel-Majorität, er besitze nicht in genügender Maße das Vertrauen der Mitglieder, und er könne den übertragenen Posten somit nicht annehmen. Aber er wurde dahingehend berichtigt, daß die auf Allmann trotz dessen endgültiger Ablehnung entfallenen Stimmen selbstverständlich nur noch ein Zeichen dafür sein sollten, wie hoch die Mitglieder sein Werten einschätzten. Biermeier erklärte dann auch die Annahme des Postens, und er und die beiden andern neu in den Hauptvorstand gewählten Kollegen werden ihre Uebernahme sobald wie möglich vornehmen. Kollegen, die es dagegen wieder geäußert worden, seinen Wohnort zu behalten — allerdings im Hinblick, der von dem bisherigen Hauptvorstand in keiner Beziehung nur als er recht unglücklich erachtet wurde. Man darf sich dabei bewusst sein, ob in der kommenden Geschäftsjahre

sich ein leichteres Zusammenarbeiten mit einem auswärts wohnenden Mitgliede der Hauptverwaltung ermöglicht.

Wir können und wollen heute den Weggang des Kollegen Allmann von seiner führenden Stellung nicht eingehender behandeln, und der Verbandstag hat auch selbst bereits einen Weg geöffnet, der dazu führen kann, daß Allmanns Tätigkeit, wenn vielleicht auch nicht in vollem Umfange, aber doch zu einem wesentlichen Teile der Organisation und der gesamten Bäckereibewegung — vor allem der internationalen — erhalten bleiben kann! Wir hoffen also, daß er von der Organisation noch nicht ganz Abschied genommen hat und glauben, ihm heute noch keine Abschiedsworte nachrufen zu brauchen; da müßte wohl noch etwas mehr gesagt werden als bisher, und es gehört auch wirklich etwas mehr Platz dazu, als am Schlusse eines Berichtes verfügbar, wenn das Wirken Allmanns für die deutschen Bäckereiarbeiter nur einigermaßen entsprechend gewürdigt werden soll.

Die vierzehnte Generalversammlung wird in der Verbandsgeschichte wirklich ein Meilenstein sein. Sie hat durch eine Reform des Kassenwesens, die man noch immer großzügig nennen kann, unsern Grund so gesichert, daß wir unsern zukünftigen wirtschaftlichen Kämpfen mit guten Hoffnungen entgegengehen können; sie hat unsere nächsten Aufgaben nochmals klargestellt und der Kollegenschaft den Ernst der Zeit wiederum vorgeführt; sie hat in der Frage eines dauernden Nachbrotverbotes und in der Lehrlingsfrage kurz, aber um so nachdrücklicher gesagt, daß wir unsere Ziele unter allen Umständen mit ganzer Kraft erstreben werden, und sie ist auch dem Verlangen der Kollegen entgegengekommen, die da meinen, die Neuorientierung solle vor unserm Verbands nicht haltmachen. Wir sind überzeugt, daß die in langen Kampfsjahren der Organisation gewonnenen Erfahrungen auch schon das rechte Korrektiv gegen allzueifrige Heißsporne bieten. Dann wird unser Verband auch in Zukunft sein, was er bisher war: ein starker Schutzherr der Interessen unserer gesamten Berufscollegenschaft! P. W.

Stellungnahme der Reichskonferenz der Konsumbäcker am 5. Mai in Leipzig zum Ablauf des Reichstarifs.

Die Konferenz wurde vom Kollegen Allmann mit dem Hinweis eröffnet, daß unter den gegebenen Verhältnissen lange Besprechungen nicht am Platz seien; wir traten zweckmäßigerweise sofort in die Arbeit ein. Zu Leitern der Konferenz wurden die Kollegen Lammertmann, Nürnberg, und Erdmann Müller, Leipzig, bestimmt. Auf der Konferenz waren 69 Kollegen anwesend, darunter einige Bezirksleiter, die eine größere Zahl von Betrieben vertraten. Der Referent Lanke führte dann zur Frage der Kündigung des Reichstarifes mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine aus:

Zunächst wäre festzustellen, daß die Durchführung des Genossenschaftstarifes mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, weil mit Anfang des Krieges die Verhältnisse sich mit einem Schlage anders gestalteten und dann viele Kollegen auch gleich eingezogen wurden. Es müßte in Zukunft darauf hingewirkt werden, daß der Tarif schneller von allen Genossenschaften anerkannt werde. Die Genossenschaften hätten diesem Streben aber auch selber mehr Nachdruck zu verleihen; denn sie wären ja keine kapitalistischen Betriebe. Bisher haben sie leider nicht so gehandelt. Es gäbe noch Genossenschaftsleitungen, die Gegner des Tarifvertrages sind. Verschiedene Vereine zahlten zwar selber über den Tarif, verweigerten aber trotzdem die Anerkennung desselben. Sie wären also als Feinde des Tarifsozialismus anzusprechen. Diesen gegenüber müßten mehr als bisher die gewerkschaftlichen Forderungen in den Zahlstellen in Anspruch genommen werden. Das Tarifamt habe leider noch nicht die großen Nachdrucke, wie sie zum Beispiel bei den Konsumvereinen bei den Buchdruckern aufträte. Unsere Bestrebungen nach dieser Richtung waren noch nicht von Erfolg; dahingehende Anträge wurden bisher abgelehnt. Der Zustand wäre also noch immer der gleiche wie 1914. Die Kollegen in den Genossenschaften verjagten allerdings auch in der gewerkschaftlichen Mitarbeit, und dies sei eine der Ursachen, daß wir im allgemeinen im Tarifwesen noch nicht weiter gekommen sind. Bedauerlich wäre, daß in den Genossenschaftsbäckereien die Arbeiterchaft, zum Beispiel die in der Expedition, zum Teil in andern Verbänden organisiert ist. Ebenso wäre dahin zu wirken, daß die Lehrlingsführer und die Frauenarbeit, die in den Genossenschaftsbäckereien immer mehr um sich greift, eingeschränkt wird und daß die Kriegsgefangenen wieder ausfinden. Wenn dies geschieht, so wird die Durchführung des Tarifes erleichtert werden. Lanke gab weiter einen Ueberblick des gegenwärtigen Standes der Tarifanerkennungen in den einzelnen Genossenschaftsverbänden und ging dann zu den Auseinandersetzungen über, die vor einiger Zeit über diese Frage in der Presse entstanden waren. Den Standpunkt des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu diesen Auseinandersetzungen müßte er verurteilen. Aufgabe der obersten Leitung der Gewerkschaften wäre es doch sein, auch bei den Genossenschaften mehr auf Erhaltung des Tarifes zu bringen. Unser Vergehen habe aber immerhin einige Gründe, und wir müßten auf diesen Wege fortarbeiten. Die Kollegenschaft solle sich auch in den Genossenschaftsbetrieben und in der Expedition zu der Frage Stellung nehmen. Zu seinen

weiteren Darstellungen ging Dankes auf die Bewegung zur Erringung von Teuerungszulagen ein und hält in bezug auf den augenblicklichen Stand daran fest, was die Tarif-

Zum Schluß erwähnte der Referent die Genossenschaftsbäcker nochmals, in ihrem eigenen Interesse fleißigere Mitarbeiter im Verbands- und in der allgemeinen Arbeiterbewegung zu werden.

In der allerausgiebigsten Debatte traten Krohn (Hamburg), Scharf (Bremen), Polster (Chemnitz), Weimer (Frankfurt a. M.), Wiesenhütter (Dresden), Piechel (Halle a. d. S.), Born (Essen), Obermeier (München), Mengel (Dresden), Gebhardt (Hamburg) und Häppler (Plauen) mit mehr oder weniger Gehäuf, oder teils aus örtlichen Gründen, teils weil sie auch im allgemeinen die gegenwärtige Zeit dazu für die allereignisreichste hielten, für eine Kündigung des Tarifes ein.

Die Referenten der Kündigung vertraten unter anderem den Standpunkt, daß noch nicht einmal die in Frankfurt a. M. aufgestellten Forderungen durchgeführt seien; der bisherige Tarif habe sich als ein untaugliches Instrument erwiesen, das so bald als möglich außer Kraft gesetzt werden müsse.

Allmann wendete sich entschieden gegen die Tarifkündigung; vor allem sei für uns der fundamentale Grund- satz maßgebend, daß die Position der Organisation eine Gewandtheit ist und daß auch die heutigen Genossenschafts-

Nach einer fünfständigen Aussprache und einem kurzen Schlusssatz des Referenten waren die Ansichten soweit ge- klärt, daß bei der Entscheidung der Frage, ob in diesem Jahre die Kündigung des Reichstarifes erfolgen soll, nur noch 7 Stimmen dafür abgegeben wurden.

Feurige Zungen.

Feurige Zungen . . . Glühende Worte, göttlich trunken und feierlich, sprengten des Himmels verchlossene Pforte — und eine weiße Taube entwich.

Feurige Zungen . . . Eiserne Mäuler bellen ergrimmt in die Schlacht; glühende Sterne, Todesverkünder, singen von ewiger Nacht.

Feurige Zungen . . . Keimende Pflingten, tonnig von Hoffnung erhellte: Blüten und Freude dem Hermiten, Geringiten — Werde, du bessere Welt!

Die Brottration.

In der Sitzung des Ernährungsbeirates des Reichstages, der am 26. April unter dem Vorsitz des Staats-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die 14. ordentliche Generalversammlung in Leipzig wählte in den Verbandsvorstand:

- Josef Diermeier, München, bisher Vorsitzender des Verbandsausschusses, als ersten Vorsitzenden; Alfred Fitt, bisher Bezirksleiter in Leipzig, als zweiten Vorsitzenden; Otto Freitag als ersten Kassierer; Moritz Langhann als zweiten Kassierer; Felix Weidler und Anton Lantke als Redakteure; Karl Heischold (mit dem Sitz in Berlin), Karl Digner und Moritz Friedrich, letzterer bisher Bezirksleiter in Dresden, als Sekretäre.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Zuschriften sind an folgende Adresse zu richten:

- Josef Diermeier, Hamburg 1, Weisenbinderhof 57, 4. Et. Abrechnungen, Geldsendungen und Korrespondenzen in Kassangelegenheiten an: Otto Freitag, Hamburg 1, Weisenbinderhof 57, 4. Et. Sendungen an die Redaktion des Fachblattes an: Felix Weidler, Hamburg 1, Weisenbinderhof 57, 4. Et.

Der Verbandsvorstand beauftragte in der nach Schluß der Generalversammlung stattgefundenen Sitzung den Unterzeichneten mit der Geschäftsführung bis zur vollzogenen Ueberlieferung der gewählten Vorsitzenden nach Hamburg.

Auf Antrag der Zahlstelle Hannover wurde Max Philipp (Buch-Nr. 45 824) wegen Diebstahls aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Verbandsvorstand. J. A. Lantke

Quittung.

Vom 28. April bis 11. Mai kamen bei der Hauptkassierung des Verbandes folgende Beträge ein: Für April: Lüneburg 25,85, Reichen-Glasmöhlen 10,80, Bremen 372,34, Hamburg 2387,13, Landsberg a. d. W. 2, Coburg 22,66, Götting 83,56, Gotha 84,25, Mühlhausen i. G. 40,

Apolda 88,75, Spremberg 20,75, Bremerhaven 42,20, Duisburg 77,05, Magdeburg 525,88, Langermünde 11,87, Leipzig 588,28, Hannover 515,66, Würzburg 47,46, Zeitz 116,52, Halle a. d. S. 868, Hof 13,75, Nürnberg 628,30, Regensburg 98,34, Straubing 57,42, Rostock 62,01, Wernburg 68,70, Landskühl 245,18, Dessau 49,17, Bittau 15,76, Limbach i. S. 49,20, Lüben/Seid 38,18, Stendal 14,50, Saarlöschen 91,76, Düsseldorf 71,91.

Von Einzelzahlern der Hauptkassie: R. S. Ballenstedt M. 12, P. R. Wismar 13,30, Frau Nidel (im Felde) 10, M. Baumann-Gradow 17,50. Für Abonnements und Annoncen: Magdeburg M. 4,50, Nürnberg 6,30, Düsseldorf 4,20. Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Gotha M. 3.

Der Hauptkassierer, D. Freitag.

Sterbetafel.

Hamburg. Fritz Stühr, Bäcker. Magdeburg. Otto Wienert, Bäcker, 19 Jahre alt, am 2. Mai.

Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk Bremen. Max Audolph, Bäcker, 84 Jahre alt, gefallen im April. Bezirk Chemnitz. Andreas Baumann, 24 Jahre alt, gefallen. Bezirk Essen. Glockemeyer, 29 Jahre alt, gefallen. Bezirk Halle a. d. S. meldet als gefallen: Richard Geitner (Gera), Bäcker, 29 Jahre alt, am 22. März; Fritz Himmstedt, Bäcker, 33 Jahre alt, am 16. April. Bezirk Hamburg meldet als gefallen: Hermann Jenner, Bäcker, 39 Jahre alt; Robert Redecker, Bäcker; Gustav Dietz, Bäcker, 21 Jahre alt; Emil Diedrich, Bäcker, gestorben am 26. Februar in einem Kriegslazarett. Bezirk Herford. August Schmieding, 38 Jahre alt, gefallen. Bezirk Magdeburg. Otto Keitel (Dessau), 38 Jahre alt, gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Abchluß eines Tarifvertrages

Zwischen der Bremer Brauerei, Dr. L. Gancmann, Bremen, und dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe Deutschlands, Ortsverwaltung Bremen.

- 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt für alle Beschäftigten neun Stunden täglich, ausschließlich der zum Essen notwendigen Pausen, die mindestens eine halbe Stunde betragen müssen. Wöchentlich dürfen nicht mehr als sechs Schichten geleistet werden. 2. Löhne. a) Bäcker: Der Lohn beträgt wöchentlich M. 40. Zu diesem Lohn wird eine Teuerungszulage von M. 8 pro Woche gezahlt. b) Hilfsarbeiterinnen: Die Hilfsarbeiterinnen werden in drei Gruppen eingeteilt. Gruppe I umfaßt diejenigen Arbeiterinnen, die als Ersatz für Bäcker in Frage kommen. Gruppe II umfaßt diejenigen Arbeiterinnen, die verantwortliche Arbeiten zu leisten haben und Vertrauenspersonen befehlen. Gruppe III umfaßt alle übrigen Arbeiterinnen. Der Lohn beträgt in der Gruppe I M. 32 pro Woche, in der Gruppe II M. 27 und in der Gruppe III M. 22 pro Woche. Die Löhne gelten als Wochenlöhne und werden für Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, keine Abzüge gemacht. Ausbilden erhalten denselben Lohn wie feste Arbeiter oder Arbeiterinnen. Verliert eine Arbeiterin eine Woche und darüber ausbildenweise die Arbeiten einer höheren Gruppe, dann erhält sie für diese Zeit den für die betreffende Gruppe festgesetzten Lohn. 3. Ueberstunden. Bei vorstehenden Ueberstunden werden dieselben an Bäcker und Konditoren mit M. 1 vergütet. Hilfsarbeiterinnen der Gruppe I erhalten 75 % pro Ueberstunde, in der Gruppe II 60 % und in der Gruppe III 50 % pro Stunde. 4. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich und zwar freitags; ist der Freitag ein Feiertag, am vorhergehenden Werktage. 5. Ferien. Alle Beschäftigten erhalten, sofern sie vor dem 1. Januar des betreffenden Jahres eingestellt sind, in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September unter Weiterzahlung des Lohnes sechs Arbeitstage Ferien. Nach dreijähriger Beschäftigungsdauer betragen dieselben neun Arbeitstage. 6. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Alle im Betriebe beschäftigten ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten bei einer Beschäftigungsdauer von über 1 Monat bis zu 3 Monaten 6 Tage, von über 3 Monaten 2 Wochen, von 2 bis 5 Jahren 3 Wochen, von über 5 Jahren 4 Wochen Zuschuß zum Krankengelde, so daß Zuschuß und Krankengeld die Summe des zustehenden Lohnes ausmachen. Alle verbeirateten Personen erhalten bei einer Beschäftigungsdauer bis zu 3 Monaten den Zuschuß genau wie ledige; nach drei Monaten erhalten sie bis zu sechs Wochen den Zuschuß zum Krankengelde. 7. Kündigungsfrist. Die Kündigungsfrist der Bäcker beträgt im ersten halben Jahre der Beschäftigung drei Tage, nach dieser Zeit zwei Wochen. Arbeiterinnen haben keine Kündigung. 8. Arbeiten an Wochenfeiertagen. Die an Wochenfeiertagen zu leistenden Arbeitsstunden werden mit Ueberstundenlohn extra bezahlt. 9. Schlichtung von Differenzen. Entstehen zwischen der Firma und den Beschäftigten aus dem Arbeitsverhältnis Differenzen, so ist deren Beilegung durch mündliche Verhandlungen zwischen der Firma und dem Arbeiter-

ausmaß des Betriebes oder dem zuständigen Organisations-... zu schließen. Für den diese Verhandlungen zu...

10. Schlussbestimmungen. Die bei der Ein-... dieses Tarifes bestehenden günstigeren Lohn- und...

Bremen, den 27. April 1918.

(Unterzeichnet.)

Lebensmittelpreise in Regensburg. Durch die... während der Preissteigerung aller notwendigen Lebens-... und Verbrauchsmittel waren die Gehilfen erneut gezwungen...

Die Verhandlungen am Einigungsamt sollen am 14. Mai... unter dem Vorsitz des Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Kreiser...

Die Droßfabrik von G. Müller in Halle a. d. S. hat von den beabsichtigten Kollegen noch die in Aussicht ge-... A 2 Zulage gewährt, so daß jetzt der Wochenlohn...

Schreibweise.

Die Betriebsabrechnung der Firma Selmann in Dresden nahm in verschiedenen Betriebsverhältnissen... Regelung zu den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen...

Das geschiedene Betriebsbuchhaltung nahm nach er-... lichter Berücksichtigung des Arbeitsbuchhaltung und des...

Polizei und Gerichte.

a. Für Diebstahl in der Garderobe der Arbeiter... behält der Arbeitgeber. Dem Arbeiter z. machen in...

Für die Redaktion verantwortlich: F. Weidner, Hamburg, Holtenauerweg 57. — Verlag: L. Müllmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei mit Verlagsgesellschaft Müller & Co. in Hamburg.

Fabrik Heberzschleider aus der Kleiderablage gestohlen... worden. Das Gewerbeamt Berlin sprach ihm mit Urteil vom 18. Februar 1918... den wird ausgeführt: Unstreitig bestand die Kleiderablage...

Sozialpolitisches.

Weitere Ausgestaltung der Volkspflege. Das... Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung hat dem... Vorstände der Volkspflege die Einführung eines neuen...

Eingegangene Bücher und Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist jenseit das 5. Heft von... 2. Band des 86. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des... des Buches, des 1. Märzheftes, wie es genannt wer-...

Die Ukraine wird in den vorliegenden Heften 175 bis... 178 von Songe illustrierte Kriegsgeschichte „Der Krieg 1914-18 in Wort und Bild“ (Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57, wöchentlich ein Heft zum Preise von 40 Pf.) einer sehr eingehenden Schilderung unterzogen...

Spätestens am 18. Mai ist der 21. Wochenbeitrag für 1918 (19. bis 25. Mai) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Freitag, 26. Mai. 19 Uhr, „Deutsches Haus“. — Mülhingen. — Saarbrücken 3: 5 Uhr, Straße 6.

Anzeigen.

Kürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derjuss, Schneidemeister, Heugasse 2, 1. Et.

Nachruf. Als Opfer des Weltkrieges fiel am 28. März unser Kollege Glockemeyer im Alter von 29 Jahren. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. [M. 3,60] Zahlstelle Düsseldorf.

Nachruf. Am 26. April starb in einem Lazarett unser Mitglied August Schmieding im Alter von 68 Jahren. Am 3. Mai starb unser Kollege, der Bäcker Hermann Hoppensack im Alter von 50 Jahren. [M. 4,50] Zahlstelle Herford.

Nachruf. Am 26. Februar starb in einem Kriegs-Lazarett an Genußkrankheit unser Mitglied, der Bäcker Emil Diederich. Sein Andenken wird in Ehren gehalten. [M. 3,80] Die Zahlstelle Lüneburg.

Nachruf. Am 2. Mai starb unser Mitglied, der Bäcker Otto Wiener 19 Jahre alt, nach kurzer Krankheit. Das Andenken dieses Kollegen werden wir in Ehren halten. [M. 3,80] Zahlstelle Magdeburg.

Freiwilliger Kranken- und Sterbekassenverein der Bäckergehilfen in München. Einladung zur Generalversammlung am Mittwoch, 5. Juni 1918, abends 7 1/2 Uhr, stattfindenden im „Gasthaus zum Nibi“, Gefe Müller- und Thalkirchnerstraße. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls. 2. Kassenbericht. 3. Wahl der Vorstandschafft. 4. Verschiedenes.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren Zahlstelle Hamburg-Altona. Sonnabend, den 25. Mai, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, oberes Meselantaul. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Wahl der Beisitzer im Verbandsvorstand. 3. Wahl der Kartelldelegierten. 4. Quartalsbericht. [M. 4,20] Der Vorstand.

„Kuchenreutisch“ bestverehrtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Preisliste A 7,50, von 5 kg an A 7. Sehr zu empfehlen. Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig-R. 5, Strohgartenstraße 9. Telephon 2290.

Kontrollkassen National mit und ohne Scheinwerfer zu kaufen gesucht. Nummer u. Preis unt. J.N. 8905 an Exp. d. Bl. 104.